

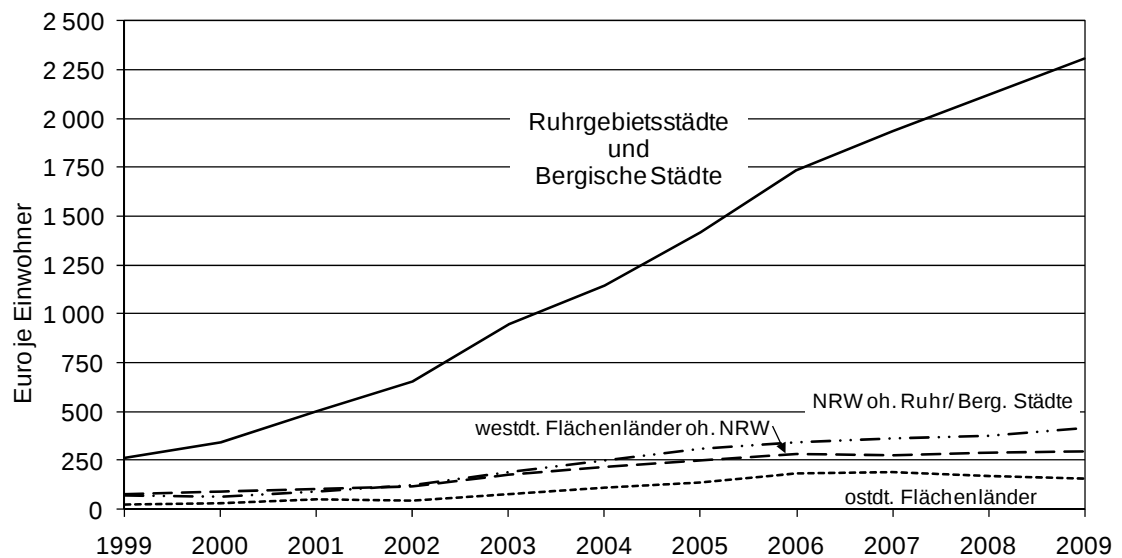
Anlage zur Pressemitteilung

„Raus aus den Schulden“

18. Dezember 2009

Kassenkredite der Städte des Ruhrgebiets und des Bergischen Landes

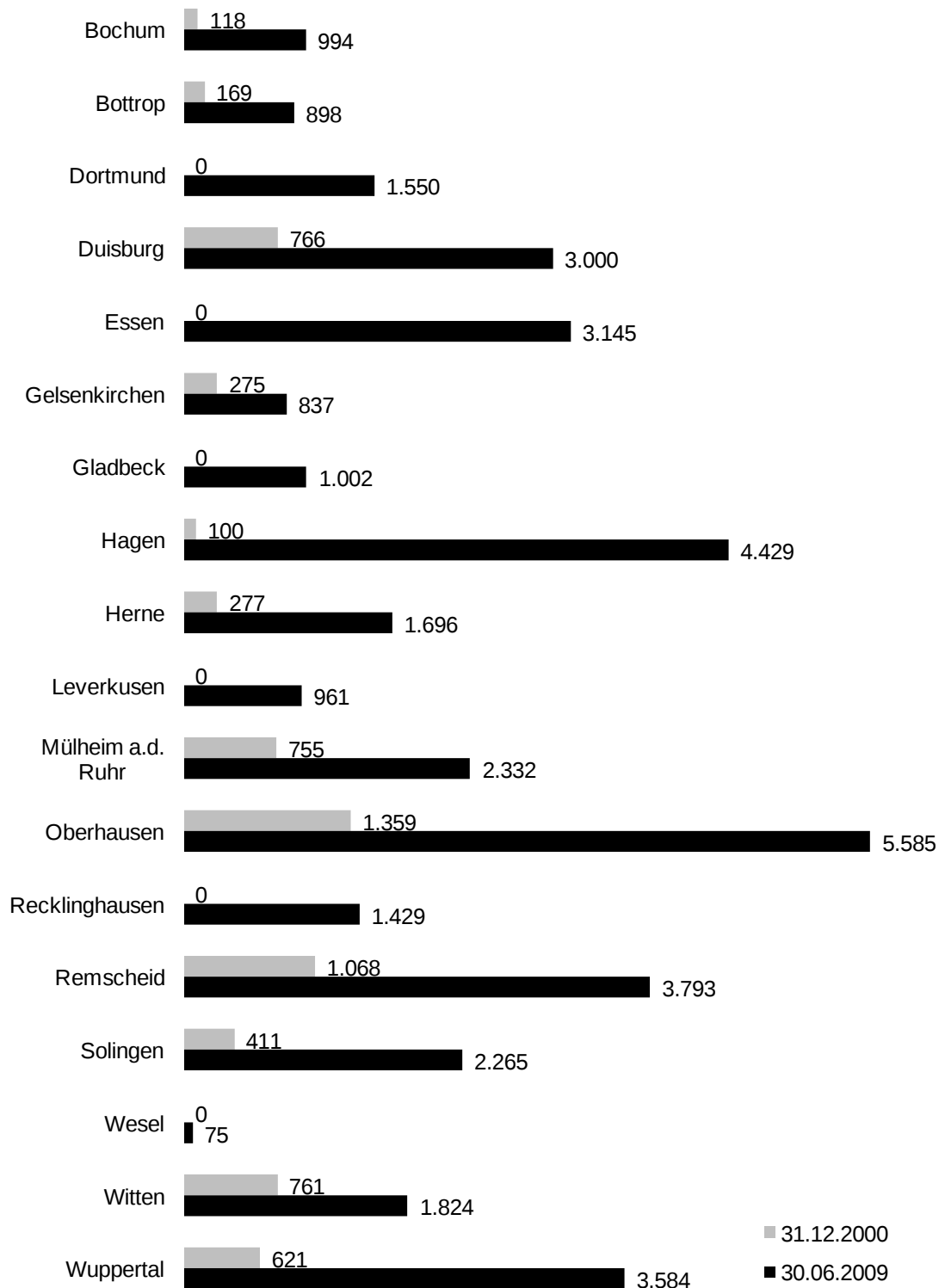
Kommunale Kassenkredite dienen der Überbrückung von Zahlungsengpässen im laufenden Geschäftsbetrieb (kommunaler Dispo). Spätestens seit Beginn des neuen Jahrzehnts können aber strukturschwache Kommunen immer weniger ihre laufenden Ausgaben (Personalausgaben, Bauunterhaltung, Sozialleistungen, Zinsen etc.) durch laufende Einnahmen (Steuern, Zuweisungen, Gebühren etc.) decken. Deshalb wurde aus dem Überziehungskredit eine Dauereinrichtung. Sie hat mittlerweile ein Volumen, dass durch die dafür notwendigen Zinsausgaben selbst zu einem kostentreibenden Bestandteil der Haushalte wurde. Gegenwärtig trägt das extrem niedrige Zinsniveau dazu bei, dass dieses Kostenelement nicht „explodiert“



* 2000 bis 2008 jew. 31.12. und 30.06.2009.

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des IT.NRW und des Statistischen Bundesamtes; zusammengestellt nach Finanzbericht Metropole Ruhr.

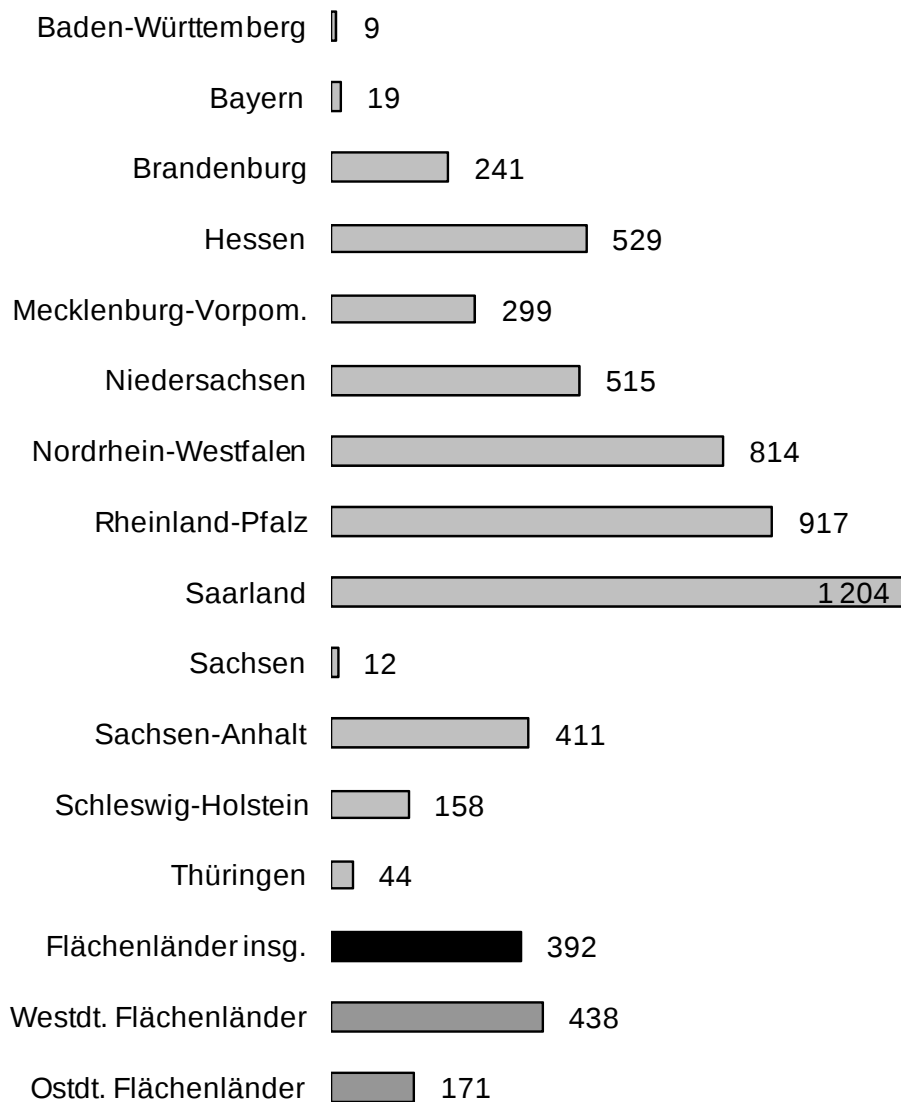
**Kassenkredite der Kernhaushalte
am 31.12.2000 und 30.06.2009 in Euro je Einwohner**



Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des IT.NRW; zusammengestellt nach Finanzbericht Metropole Ruhr.

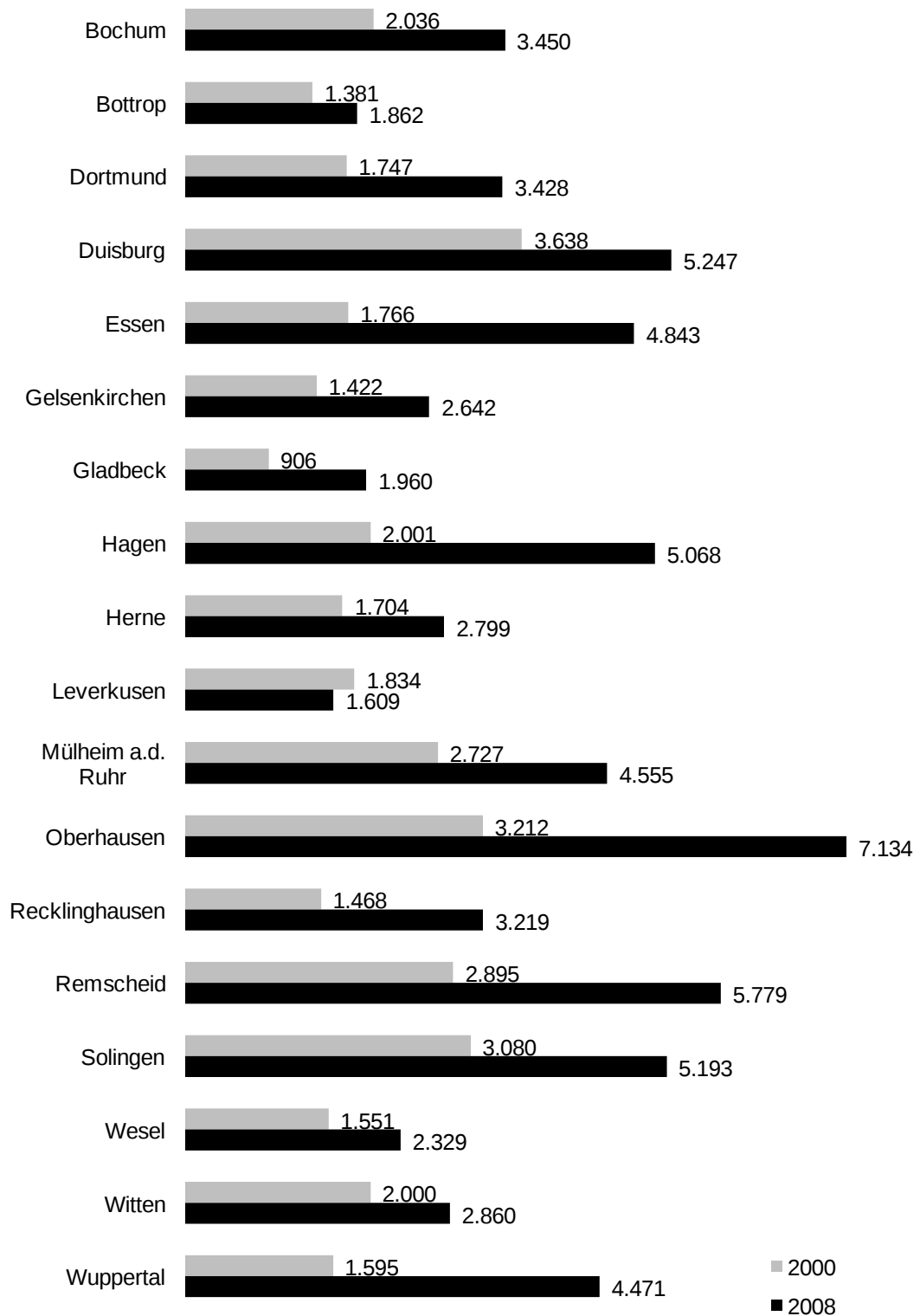
Kassenkredite der Kommunen am 31.12.2008 nach Bundesländern (ohne Stadtstaaten)

Kommunale Kassenkredite sind vor allem in drei Bundesländern ein Problem: Saarland, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Auf Nordrhein-Westfalen entfallen 50,6 % des bundesweiten Kassenkreditvolumens.



Quelle: Berechnet nach STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.; 2009): Schulden der öffentlichen Haushalte 2008. Wiesbaden, Tab. 1.3. (= Fachserie 14, Reihe 5).

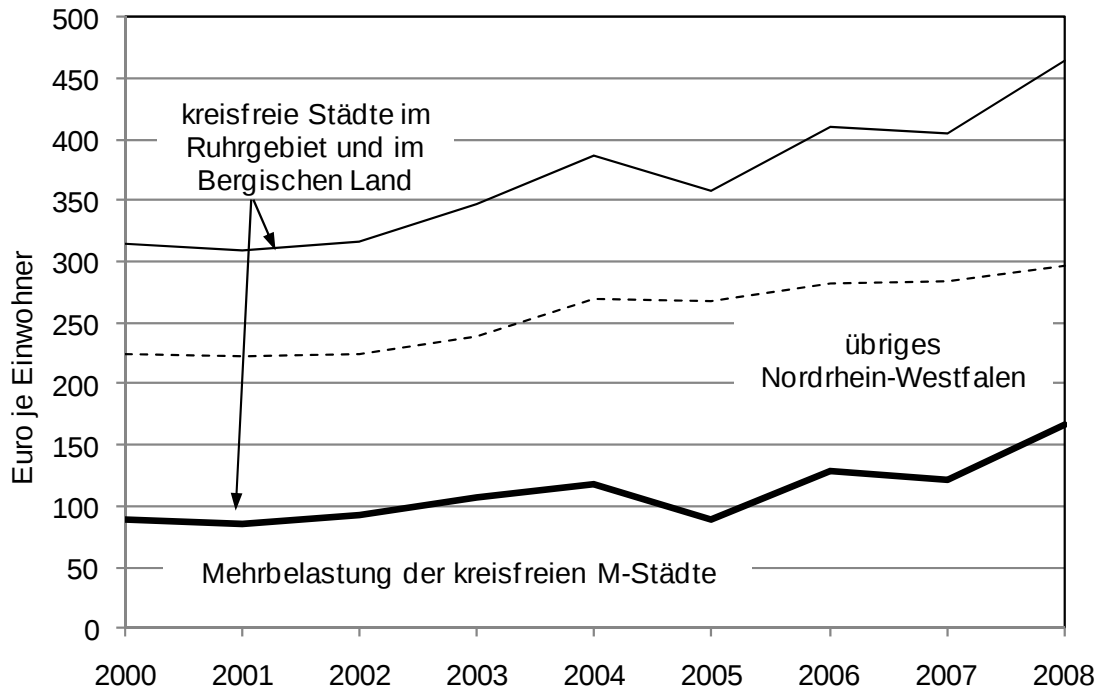
**Gesamtsschulden der Kernhaushalte*
2000 und 2008 (jew. 31.12.) in Euro je Einwohner**



* Einschließlich rechtlich unselbstständiger Eigenbetriebe.

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des IT.NRW; zusammengestellt nach Finanzbericht Metropole Ruhr.

**Reine Sozialausgaben
der Städte des Arbeitskreis der Kämmerer aus dem Ruhrgebiet
und dem Bergischen Land
im Vergleich zum übrigen Nordrhein-Westfalen
2000 bis 2008 in Euro je Einwohner
(ohne Ausgaben der Landschaftsverbände)**



Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des IT.NRW; zusammengestellt nach Finanzbericht Metropole Ruhr.

Das Niveau der reinen Sozialausgaben der Städte im Ruhrgebiet und des Bergischen Landes liegt deutlich über dem Niveau im übrigen Land Nordrhein-Westfalen. Bei insgesamt steigenden Soziallasten verschärft sich die Lage in den strukturschwachen Städten aber wesentlich stärker. Die Disparität ist von unter 100 Euro je Einwohner zu Beginn des Jahrtausends auf aktuell über 160 Euro angestiegen. Absolut bedeutet dies im Jahr 2008 eine Mehrbelastung von 671,8 Millionen Euro. Das sind Finanzmittel, die im übrigen Nordrhein-Westfalen entweder für Investitionen zur Verfügung stehen oder nicht zu Defiziten beitragen und damit zur Kreditaufnahme führen.

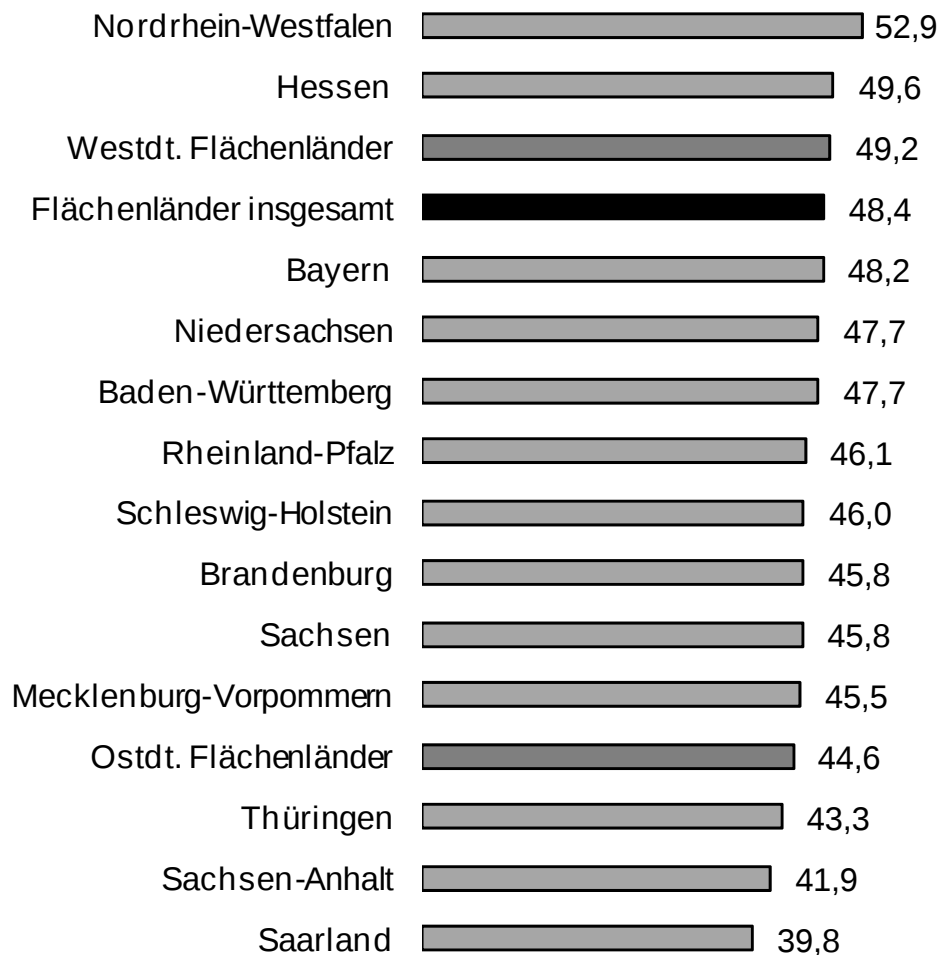
Zur Erinnerung: Die Kassenkredite nahmen in den kreisfreien Städten des Arbeitskreises im Jahr 2008 um 803,5 Millionen Euro zu. Neben der hohen Sozialbelastung trug dazu auch bei, dass die Zinsen für die Kassenkredite selbst nur durch neue Kassenkredite bedient werden konnten.

Kommunalisierungsgrad der Aufgaben in den Flächenländer (Bundesländer ohne Stadtstaaten)

Der Kommunalisierungsgrad zeigt an, wie hoch der Anteil an Ausgaben in einem Bundesland ist, der von den Kommunen (einschl. Zweckverbände) zur Aufgabenerfüllung wahrgenommen wird. Er wird anhand der unmittelbaren Ausgaben (im Zuge der Aufgabenerfüllung getätigten Ausgaben ohne Zahlungen an den öffentlichen Bereich) gemessen: Ausgaben für Personal, laufenden Sachaufwand, Zinsen, Sachinvestitionen sowie laufende und vermögenswirksame Zahlungen an andere Bereiche.

Nordrhein-Westfalen weist unter allen Bundesländern den höchsten Kommunalisierungsgrad auf, d. h., dass hier die Kommunen mehr Aufgaben zu erfüllen haben, als in anderen Bundesländern.

Anteile in % im Jahr 2006



Quelle: Berechnet nach STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.; 2008): Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts 2006. Wiesbaden, Tab. 8. (= Fachserie 14, Reihe 3.1).